



Foto: IndustriALL Global Union - ITUC30, Bildausschnitt (CC BY-NC-ND 2.0)

## SIDE EVENT ZUR 7. VERHANDLUNGSRUNDE

# Wie können Selbstregulierungsansätze der Unternehmen und ein bindender UN-Treaty zu Wirtschaft und Menschenrechte gemeinsam zu einer gerechteren Weltwirtschaft führen?

Donnerstag, den 28. Oktober 2021 / 13:00-14:30 Uhr / Online

Es gibt bereits zahlreiche Ansätze, mit denen versucht wird, die Einhaltung der Menschenrechte durch multinationale Unternehmen in all ihren Geschäftsbeziehungen sicherzustellen. Arbeitnehmervertretungen und ihre Gewerkschaften haben mit transnationalen Unternehmen mehr als 300 Globale Rahmenvereinbarungen vereinbart, um die Rechte der Arbeitnehmer\*innen entlang von globalen Lieferketten zu stärken. Auch andere Unternehmensansätze wie CSR, Sozialaudits und sektorspezifische Ansätze auf nationaler Ebene haben zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen beigetragen, insbesondere in Ländern, in denen es nur eine schwache Arbeitnehmervertretung und unzureichende gesetzliche Regelungen gibt.

Auch wenn die Globalen Rahmenvereinbarungen und andere freiwillige Ansätze zu einer Verbesserung der globalen Mitbestimmungskultur im Unternehmen beigetragen haben, so stoßen die Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Konzernleitung doch an ihre Grenzen, u.a. da sie auf freiwilligen Selbstverpflichtungen beruhen. Im Verlauf der Globalisierung haben massive Verletzungen von Menschen- und Gewerkschaftsrechten sowie Umweltzerstörung in globalen Wertschöpfungsketten zugenommen.

Erste verbindliche Regelungen auf nationaler Ebene, wie das deutsche Lieferkettengesetz und die Diskussionen um entsprechende Regelungen auf europäischer Ebene sind ein richtiger Ansatz, benötigen aber einen globalen Rahmen, der als wichtiges bindendes und verbindendes Element zu den Unternehmensvereinbarungen begriffen wird.

Aus diesem Grund unterstützen mittlerweile viele Gewerkschaften ein internationales Menschenrechtsabkommen, das Unternehmen weltweit zu menschenrechtlicher und umweltbezogener Sorgfalt entlang ihrer Lieferkette verpflichten und den Zugang zu Recht für Betroffene von Menschenrechtsverletzungen verbessern soll.

Vom 25. Bis 29. Oktober 2021 findet im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (UN) die siebte Verhandlungsrunde über ein solches UN-Abkommen statt.

Am Rande der Verhandlungen möchten wir Sie zu einer Online-Veranstaltung mit deutschen und internationalen Gewerkschaftsvertreter\*innen und politischen Entscheidungsträger\*innen einladen. Wir wollen die Erfahrungen und Errungenschaften sowie die Herausforderungen beim Schutz der Menschenrechte in der Lieferkette beleuchten und diskutieren, wie ein rechtsverbindliches Instrument die bestehenden Selbstregulierungsansätze ergänzen könnte.

**Bitte melden Sie sich [hier](#) an. Anmeldeschluss ist der 27. Oktober.** Die Zugangsdaten zum Zoom-Raum erhalten Sie einen Tag vor der Veranstaltung per E-Mail.

**Veranstalter: IG Metall / IndustriALL Global Union / Global Policy Forum / Rosa-Luxemburg-Stiftung**



## PROGRAMM

Die Veranstaltung wird simultan in Deutsch und Englisch gedolmetscht.

### I. Begrüßung und Einführung

**Jan Leidecker** Büroleiter Rosa-Luxemburg-Stiftung Genf  
Moderation: **Horst Mund** IG Metall Vorstand, Transnationale Gewerkschaftspolitik

### II. Betriebliche Erfahrungsberichte bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen entlang der Lieferkette

**Kerstin Mai** Vorsitzende Konzernbetriebsrat und Europäischer Betriebsrat Bosch  
**Kalpona Akter** Gründerin und Geschäftsführerin Bangladesh Center for Workers Solidarity und Präsidentin Bangladesh Garment and Industrial Workers Federation (BGIWF)

### III. Einordnung

**Christina Hajagos-Clausen** Leiterin Textil- und Bekleidungsindustrie IndustriAll Global Union  
**Verena Schmidt** Expertin der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)

### IV. Diskussionsrunde zu den verschiedenen Perspektiven bei der Einhaltung der Menschenrechte in den Lieferketten

**Helmut Scholz** Mitglied des Europäischen Parlaments, GUE/NGL  
**Dr. Carsten Stender** Leiter der Abteilung VI "Europäische und Internationale Beschäftigungs- und Sozialpolitik, ESF" im Bundesministerium für Arbeit und Soziales  
**Wolfgang Lemb** Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall